

Wirtschaft & Finanzen

Die FDP hat im Wormser Stadtrat in den vergangenen Jahren stets eine Wirtschafts- und Finanzpolitik mit Augenmaß verfolgt. Die FDP Stadträte befürworteten dabei kommunale Aktivitäten nur, wenn diese konkreten Nutzen für die Wormser Bürgerinnen und Bürger und den Wirtschaftsstandort versprachen, sowie wenn deren Finanzierung ohne Belastung der zukünftigen Generationen gesichert werden konnte. Die FDP wird sich auch in Zukunft solide Haushaltsführung und vernünftige Wirtschaftspolitik auf die Fahnen schreiben.

Den kommunalen Handlungsspielraum bewahren

Dem kommunalen Handlungsspielraum sind durch die Landes- und Bundesgesetzgebung zunehmend Grenzen gesetzt. So ließ beispielsweise die Sozialgesetzgebung aus Berlin die Kosten des Sozialreferats im städtischen Haushalt im Vergleich zu 2007 um ein vielfaches ansteigen und schränken damit andere Wirkungsbereiche der Stadt erheblich ein. Daher setzt sich die FDP auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass das Konnexitätsprinzip nicht nur eingerichtet und eingehalten, sondern im Grundgesetz verankert wird. Nach diesem Prinzip müssen der Bund oder die Länder für einen Finanzausgleich auf kommunaler Ebene sorgen, wenn diese Gesetze erlassen, die bei den Städten und Gemeinden zu zusätzlichen Ausgaben führen.

Darüber hinaus hat der städtische Haushalt ein strukturelles Defizit von mittlerweile weit über 200 Mio. Euro. Die logische Konsequenz für die FDP Worms: Keine zusätzlichen Aufgaben und damit Kostenpositionen schaffen, sondern **Konzentration auf die Pflichtaufgaben** um die zukünftigen Generationen nicht mit zusätzlichen Schulden zu belasten!

Zusätzlich sollten die kommunalen Aufgaben, die direkt von Worms aus beeinflusst werden können, alle 4 Jahre auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Mit einer solchen kontinuierlichen Aufgabenkritik will die FDP Worms nicht nur den städtischen Handlungsspielraum bewahren, sondern auch die Stadtverwaltung weiterhin bürgerfreundlich und effizient erhalten, indem sie den sich ständig ändernden Bedingungen angepasst wird. Zudem sollen alle städtischen Verordnungen und Satzungen in regelmäßigen Abständen auf Ihre Notwendigkeit hin geprüft werden.

Gleichzeitig müssen durch den **Abbau von Bürokratie** die Kommunen finanziell entlastet werden. Dazu müssen alle Gesetze und Verordnungen auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit sowie auf ihre Regelungsdichte hin überprüft werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollziehen können, weshalb etwas gesetzlich geregelt werden muss. Die FDP fordert, dass neue Gesetze und Verordnungen nur befristet gelten dürfen und deshalb mit einem „Verfalldatum“ versehen werden sollen. Zugleich soll eine Beweislastumkehr eingeführt werden. Es ist also nicht mehr der Nachweis zu erbringen, dass eine Maßnahme abgeschafft werden kann, sondern nach Ablauf des Verfalldatums wird sie außer Kraft gesetzt, es sei denn, der Nachweis weiterer Notwendigkeit kann schlüssig erbracht werden.

Wirtschaftsförderung

Eine Stadt lebt von ihrer Wirtschafts- und Arbeitsplatzsituation. Denn nur wo die Wirtschaft floriert und Menschen Arbeit finden, funktioniert der gesellschaftliche Zusammenhalt. Dabei wird die FDP weiterhin eigene Schwerpunkte setzen und deren Umsetzung konsequent verfolgen. So soll insgesamt ein wirksames und gezieltes Konzept der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung entstehen, das auf den Vorrang privatwirtschaftlicher vor öffentlicher Betätigung, Transparenz und ein gesundes Wachstum durch Wettbewerb setzt.

Die Stadt Worms hat als Scharnier zwischen den Metropolregionen Rhein- Main und Rhein-Neckar **das Potenzial, ein Kompetenzzentrum für Logistik, und Informationstechnologie** zu werden. Wir

haben in Worms bereits weltweit tätige Unternehmen im IT-Bereich und mit dem Zentrum für Technologietransfer der Fachhochschule Worms einen renommierten Partner der Verwaltung mit Forschungsaufträgen aus Berlin und Brüssel.

Ein gezieltes Stadtmarketing zur besseren Positionierung des Standorts soll alle Wormser Alleinstellungsmerkmale sowie harte und weiche Standortfaktoren beinhalten. Gemeint sind neben dem nicht steigenden Gewerbesteuerhebesatz, der guten Infrastruktur und der hervorragenden Verkehrsanbindung z.B. das ausgeprägte und offene Netzwerk zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kommune, aber auch die große Anzahl an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie das umfangreiche kulturelle Angebot.

Auch die kommunale Wirtschaftsförderung darf sich trotz der großen Potenziale eines Logistikstandortes nicht allein auf diesen Bereich beschränken. Zwar müssen auch zukünftig die besonderen Belange der größten Arbeitsgebers werden, aber daneben gilt es jedoch auch den berechtigten Anliegen des Mittelstands zu widmen.

Die FDP Worms bevorzugt klein- und mittelständische Betriebe, da sich gerade diese Unternehmen als langfristige, zuverlässige Partner bei der Schaffung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen erwiesen haben. Zur effektiven Wirtschaftsförderung gehören die Förderung der Ansiedlung von Betrieben und die Bestandspflege ansässiger Unternehmen. Gleichzeitig sind wirtschaftliche Betätigungen der Stadt zurückzudrängen. Die FDP handelt nach dem Grundsatz:

Was ein Privater übernehmen kann, darf die öffentliche Hand nicht leisten.

Kernaufgaben einer wirtschaftlichen Verwaltung

Die industrielle These, „wer sich im Kern seiner Tätigkeit auf seine Aufgaben konzentriert, der verfügt über Kernkompetenz. Wer das beherrscht, was ihm abverlangt wird, hat Erfolg“.

Die FDP Worms fordert daher, den konsequenten Rückzug der Stadt oder Gemeinde aus eigener Wirtschaftsbeteiligung, damit private Betriebe diese Aufgaben übernehmen können und somit gestärkt werden. Dienstleistungen und Tätigkeiten von Stadt gehen zu Lasten von Betrieben. Liberale akzeptieren nicht, dass die Stadt Worms ihre Tätigkeit auf Veranstaltungsbetriebe (z. B. Festzelt Backfischfest etc.) oder Öffnung der Stadtgärtnerei, um nur einige Beispiele zu nennen ausdehnt. Dies ist alleine Aufgabe der Privatwirtschaft.

Fokus Mittelstandsförderung

Kommunale Wirtschaftspolitik muss sich noch stärker den Anliegen des Mittelstands in Produktion und Dienstleistung, der örtlichen Handwerksbetriebe, des Einzelhandels, der Gastronomie und freien Berufen widmen. Solche kleinen und mittleren Unternehmen schaffen eine Vielzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und halten nicht zuletzt durch das persönliche Engagement und Risiko der Inhaber das Wormser Wirtschaftsleben kontinuierlich am Laufen. Darum setzt die FDP Worms ihren Fokus bei der kommunalen Wirtschaftspolitik auf die Mittelstandsförderung mit dem Ziel, die kleinen und mittleren Unternehmen bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger Aufgaben zu unterstützen und damit die mittelständischen Potenziale in Worms weiter zu stärken. Dabei wird die FDP Worms in der Wahlperiode 2009 bis 2014 vor allem folgende Aufgaben verfolgen:

Verstärkte Berücksichtigung des Mittelstandes bei öffentlichen Vergaben

Die öffentliche Hand ist zu sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung verpflichtet. Es gilt der Grundsatz: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen möglichst viele Anbieter Gelegenheit haben, ihre Leistungen und Produkte anzubieten.

Bürokratie ist ein Wachstumshemmnis der ersten Kategorie. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen leiden überproportional stark unter den bürokratischen Lasten. Dem will die FDP Worms entgegenwirken und **gewerbliche Erlaubnisverfahren sowie Auskunftspflichten vereinfachen und beschleunigen**. Bestehende Genehmigungsprozesse in der Stadt sind weiterhin so

zu beschleunigen und zu optimieren, dass eine schnellere Vergabe bei höherer Kosteneffizienz erreicht wird.

Aufgabe einer kommunalen Wirtschaftspolitik ist es neben der Förderung bereits bestehender mittelständischer Unternehmen auch **Neu- und Existenzgründer zu unterstützen**. Zu diesem Zweck will die FDP eine zentrale und engagierte städtische Anlaufstelle schaffen, welche als Berater für alle Genehmigungsverfahren, als Behördenwegweiser, als Informant über die bestehenden vielfältigen Förderungsmöglichkeiten (z.B. Europa-, Bund- und Länderprogramme) und als Netzwerkkoordinator zu Wormser Kreditinstituten, Verbänden, Immobilienmaklern, etc. dient. In der Abteilung für Wirtschaftsförderung sollen alle diese Aufgaben konzentriert werden.

Finanzen

Wie bereits eingangs geschildert, steht die FDP seit Jahren für eine solide Haushaltsführung und einen sparsamen Umgang mit den Geldern der Wormser Bürgerinnen und Bürger. Hieran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Das heißt im konkreten, dass die FDP einen Ausgleich des Wormser Haushaltsdefizits durch Neuverschuldung konsequent ablehnt. Die FDP will vielmehr den weiteren Schuldenabbau vorantreiben. Darüber hinaus möchte die FDP Worms in der Wahlperiode 2009 bis 2014 die Mindestzuführung in die Rücklage wieder einhalten. Nur so kann in Zukunft ein Handlungsspielraum für notwendige Investitionen geschaffen werden. Dies soll jedoch alles ohne zusätzliche Belastung der Wormser Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger, sondern rein über die Ausgabenseite der Stadt erfolgen.

Um den kommunalen Aufgaben nachkommen zu können, muss die Stadt allerdings über verlässliche und planbare Finanzmittel verfügen können. Dafür müssen Bund und Land die bisherige **Finanzverfassung reformieren**.

Der Bundes FDP-Vorschlag für eine Reform der kommunalen Finanzierung besteht aus einem Zwei-Säulen-Modell. Die konjunkturanfällige Gewerbesteuer muss ersetzt werden. Das neue Modell sieht als erste Säule einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer (statt 2,2 %, neu: 11,5 %) vor. Damit erhalten die Gemeinden eine gute und verlässliche Einnahmequelle. Die Umsatzsteuer soll zudem nach der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in der jeweiligen Gemeinde berechnet werden. Das Band zwischen Wirtschaft und Gemeinde wird dadurch nachhaltig gestärkt. Die zweite Säule ist die neue Kommunalsteuer als Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftssteuer (zwischen 0 und 4 %, ähnlich der Kirchensteuer). Statt eines pauschalierten Anteils (derzeit 15 %), erhalten die Gemeinden ein eigenes Hebesatzrecht. Gleichzeitig wird die Einkommenssteuer entsprechend gesenkt, so dass im Ganzen keine zusätzlichen Belastungen für die Steuerzahler entstehen. Die Städte und Gemeinden legen die Höhe des Zuschlags selber fest. Die Bürger erfahren dann über ihren Steuerbescheid die Höhe der Kommunalsteuer. Sie wissen damit, wie gut ihre Gemeinde mit ihren Steuern umgeht. Das schafft Transparenz, mehr Anreiz zum sparsamen Umgang mit Steuergeldern und eine verlässliche und planbare Finanzausstattung der Kommunen. Je früher eine solche Finanzreform erfolgt, desto besser. Unabhängig davon wird die FDP Worms an ihrer konsequenten Finanzpolitik festhalten. Das heißt, die **Gewerbesteuer soll nicht angehoben werden** und die **Gebühren möglichst niedrig und kostendeckend**.

Bürokratische und konjunkturanfällige Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist für die Gemeinden eine besonders wichtige und für viele Gemeinden die Haupteinnahmequelle. Die Gewerbesteuer ist jedoch für die Haushalte der Gemeinden kein berechenbares und stabiles Fundament: Sie ist stark konjunkturabhängig. Die Gewerbesteuer belastet als Sondersteuer für Unternehmen Arbeitsplätze und Investitionen. Sie verkompliziert das Steuerrecht und ist als unkalkulierbare Finanzquelle eine fortwährende Existenzbedrohung für die Gemeinden. Zentraler Reformansatz ist deshalb die Abschaffung der Gewerbesteuer.

Kommunal Finanzen auf solide Grundlage stellen

Die Kommunen brauchen eine solide, unbürokratische und konjunkturunabhängige Finanzgrundlage. Diese muss so bemessen sein, dass die Kommunen ihre Aufgaben sachgerecht und angemessen

erfüllen können. Ziel ist eine nachhaltige Verstetigung der Einnahmen der Gemeinden auf einer soliden finanziellen Grundlage. Die Abschaffung der Gewerbesteuer hat zur Konsequenz, dass die Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden an Bund und Land abführen, entfällt.